

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Volkstages, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

**Bezugspreis** mit Illust. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Briefporto 2.— für Selbstabholer 1.90 Mk. — Durch die Post bezogen 2.— Mk. ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72206. **Postfachkonto:** Leipziger Buchdruckerei W. G., Leipzig Nr. 53477

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 10/21  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 72206. — **Verlag in Leipzig:**  
Tauchaer Straße 10/21 — Telephon 72201

**Inseratenpreise:** Die 10geleit. Kolonelle 35 Pf., bei Platzvorteil 40 Pf., Stellenangebote 10geleit. Kolonelle 25 Pf., Familiennachrichten von Privaten die 10geleit. Kolonelle mit 50% Rabatt. Reklamesp. 2 Mk., Inserate v. ausm.: die 10geleit. Kolonelle 40 Pf., bei Platzvorteil, 50 Pf., Reklamesp. 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Zusteller, unsere Zweigstellen und alle Vorannahmen entgegen

## Gröner ein zweiter Tirpitz Die Demokraten gegen den sozialdemokratischen Antrag

Berlin, 15. November.

Ein heißer Tag. Seit dem 10. August hatten die Arbeitermassen der Entscheidung, die nun vom Plenum des Reichstages gefaßt werden soll. Mit dem Schicksal des sozialdemokratischen Antrages gegen den Panzerkreuzer entscheidet sich auch das Schicksal des Kabinetts der Köpfe. Kein Wunder, daß auf das härteste gestritten wurde. Dies um so mehr, da niemand imstande ist, den Ausgang der Abstimmungen mit Sicherheit voraussagen zu können.

Für die Regierung gab der Kanzler eine Erklärung ab, die sachlich und nüchtern eine historische Darstellung der Panzerkreuzerangelegenheit enthielt. Der Reichstanzler ist einer der Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei. Ihm war die Aufgabe gestellt, zusammenzuhalten, was nur schwer noch beieinanderzuhalten ist. Demgegenüber hatte der andere Vorsitzende der Partei, Genosse Wels, die Auffassung der Organisationen zum Panzerkreuzer dazulegen, die so gewaltige Stürme gereizt, die aber auch eine nahezu geschlossene Frontstellung geschaffen hat. Die Aufgabe des Genossen Wels war nicht leicht, und um es offen herauszusagen, ungeteilte Zustimmung hat er nicht gehabt. Weder in der Fraktion, noch weniger aber im Lager der übrigen Parteien der Großen Koalition.

Eingeweihteren Kreisen war schon vorher bekannt, daß Wels eine scharfe Sprache führen werde, und infolge seines nicht eben ironischen Organs wirkten seine Sätze besonders hart. Dies hat herbe Enttäuschungen hervorgerufen, insbesondere in den Kreisen der Fraktion, die die Regierungsbeteiligung aus Prinzip verfechten. Und die Begünstigung sank proportional zu dem wachsenden Lächeln, das in den Zentrumsreihen zu beobachten war. Das Zentrum hat seine Redner für den Freitag in Reserve gehalten, aber eine kurze Erklärung des Prälaten Reichl, des Führers der bayerischen Volkspartei, wies vielbedeutend alle Verantwortung für den Antrag der Sozialdemokraten und die Rede von Wels den Urheber zu.

Aber es hatte dieser Erklärung gar nicht bedurft, denn schon während Wels noch auf der Tribüne stand, hatte Herr Curtius, der Reichswirtschaftsminister, kategorisch eine Kabinettsitzung verlangt und Dr. Schulz erklärte im Kreise seiner Vertrauten, daß nach diesem Ereignis die Verhandlungen über die Umbildung des Kabinetts gegenstandslos würden. Auch Herr Wirth gehört — was hat dieser Oberlehrer nicht alles schon getan — zu dem Chorus der Entrüsteten. Er reflektiert auf das „politische Ministerium“, über das bereits im Sommer heiß gestritten worden ist. Und Herr Wirth gehört sozusagen noch immer zur linken Gruppe der Zentrumspartei. Welches Echo dann vom Kladderhülzel zu erwarten ist, ergibt sich damit ganz von selbst. Jedenfalls folgte der Plenartagung eine Kabinettsitzung auf dem Fuße. Für die Rede des Genossen Wels indessen, gilt bei alledem das Beibehalten: Wenn dich die Gegner loben, dann ...

Die Vorlesung des Reichswehrministers, die den technischen Teil der dem Kabinett vorgelegten Denkschrift enthielt, kennzeichnete den Auktionsgeist unserer Zeit. Zwar zählt sich Herr Gröner noch immer zu den „vernünftigen Pazifisten“, aber der neue Panzer werde gebraucht. Erstens: Weil wir das Landheer nicht verstärken könnten. Das wird durch den Versailles Vertrag unterlagert. Darum seien die Rüstungsmöglichkeiten zur See zu nähern, und mit tausend Worten hat er Jobann die Vorzüge des neuen Panzer herausgestellt. Wir brauchen ferner eine freie Ostsee. Einmal um jeden Einfall auf deutsches Land zu verhindern, dann aber zur Wahrung der Neutralität. Diese Aufgaben soll der Panzer in der Ostsee erfüllen, woraus alles Weitere ganz von selbst zu ersehen ist, denn der Gegner in der Ostsee ist das korridorbeherrschende Polen. Mit „besserer Hand“ gelte es, die Neutralität zu schützen. So etwa sagte das derzeit Herr v. Tirpitz auch, was nur beweist, daß der Panzerkreuzerantrag notwendiger war denn je.

Dann hob Herr Gröner die „wahre soziale Seite“ des Problems hervor, nämlich die Arbeitsgelegenheiten, die durch den Panzerkreuzer geschaffen würden, und endlich versuchte er den Beweis zu erbringen, daß der Panzerkreuzer ein ernst zu nehmendes Verteidigungsmittel, keine Spielerei, wie von anderer Seite behauptet wurde, sei. Zum Krönzeugen dafür führte er die kommunistische Hamburger Volkszeitung an. Die Kommunisten waren platt. Zwar ist der liquidatorisch gekannte einstige Chefredakteur, Ewert, der Reinigungsaktion zum Opfer gefallen. Das freilich verhindert nicht, daß sich das gesamte Haus vor Lachen bog. Eine kommunistische Zeitung als Krönzeug Dr. Grönners, das war allerdings nicht erwartet worden.

Zum Ausgleich dafür schimpfte dann Hedert eine Stunde lang in seinem so heimlich klingenden sächsischen Dialekt. Hedert gehört den Versöhnern an, den echt „revolutionären“ Ton hat er infolgedessen nicht zu finden vermocht.

Den Umfall der Deutschnationalen rechtfertigt Herr Treutmann, einer der Antihugenbergler, den sein neuer Chef am Vortag noch von der Rednerliste streichen wollte. Er begründete den Kotau vor Hindenburg, seine Partei wird den Panzerkreuzer zu retten suchen. Ansonsten schloß er sich den Beweisführungen Grönners an, nachdem er zu Beginn seiner Rede den Genossen Wels gehörig attackierte. Kennzeichen: für die Geistesverfassung der Kreise um Treutmann aber war folgender Zwischenfall: Wels sprach von den Schwereigenschaften, die Mittel für den Panzerkreuzer aufzubringen. Würden die Bestehenden so freiwillig sein, recht

## „Eine schlagfertige deutsche Flotte“

### Die neueste Friedenssicherung

In dem Kampf um den Panzerkreuzer hat die Bourgeoisie gewonnen. Es ist kein Zweifel mehr, daß der Antrag der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion abgelehnt und der Bau des Panzerkreuzers fortgesetzt werden wird. Dennoch ist der Kampf für die Sozialdemokratie nicht erfolglos gewesen. Besonders die Diskussion, die gestern im Reichstag geführt worden ist, hat die letzte Klarheit darüber gebracht, daß es für die deutsche Bourgeoisie dabei nicht nur den Panzerkreuzer A, sondern um eine neue Flottenaufrüstung größeren Stiles überhaupt geht. Bisher haben die verantwortlichen Militärs darüber geschwiegen, jetzt aber hat der „vernünftige Pazifist“ Gröner die Maske fallen lassen und im Reichstage ganz offen über die Pläne, die er im Auftrag der Bourgeoisie durchführen will, gesprochen. Die Bedeutung dieser Rede rechtfertigt es, daß wir sie aus dem Reichstagsbericht herausnehmen und an dieser Stelle folgen lassen.

### Reichswehrminister Gröner

von den Kommunisten mit „Hundsott“ empfangen, wofür Vizepräsident Graef nach einiger Zeit einen nicht bestimmten adreßierten Ordnungsruf erteilt — führt aus: Der sozialdemokratische Antrag wird in der parlamentarischen Geschichte nicht viele seinesgleichen haben. Aber ich will nicht das Politische besprechen, sondern ganz sachlich reden. Es ist bekannt, daß ich nicht ein unbedingter Flottenkämpfer bin. Da wir auch bei Abschaffung unserer Flotte das Landheer nicht verstärken dürfen, ist

die Flotte ein Zuwachs unserer Landesverteidigung.

Die Verwendung der 15000 Marineangehörigen als Küstenschutz zu Lande könnte nicht ohne langwierige Verhandlungen mit den Versailler Mächten geschehen. Wenn eine der großen Seemächte im Spiel ist, können wir die Ostsee nicht frei halten, aber es gibt andere Konfliktmöglichkeiten, bei denen die großen Seemächte zunächst unbeteiligt sein würden. 1. Ein Ueberfall auf deutsches Gebiet. Da muß Deutschland seine Grenzen mit aller Kraft schützen, bis der Völkerverbund oder andere Großmächte eingreifen. Dabei würde die Marine eine durch nichts zu ersetzende Funktion haben. 2. Die Aufrechterhaltung der Neutralität erfordert ihre Wahrung mit bewaffneter Hand. Dabei kann die Marine eine noch wichtigere Rolle spielen, als die Landmacht. Die außenpolitischen Einwendungen gegen den Panzerkreuzerbau bezeichnet unser Außenminister als unbegründet. Wenn aber die Marine ein Lebensrecht hat, muß man ihr auch die Lebensfähigkeit erhalten, und dazu kommt vor allem der Ersatz älterer Schiffe, zumal wenn diese einen jahrelangen Krieg mitgemacht haben.

Ueber den Ersatz der Torpedoboote ist gar nichts geredet worden. Die ältesten Linienfahrer sind schon über 20 Jahre alt, sogar Versailles billigt ihnen nur 20 Jahre Lebenszeit zu. Gegen den Linienfahrerschlachtfeld erhebt sich lebhafter Protest. Das Hamburger und das Berliner kommunistische Blatt haben den hohen Kriegswert des neuen englischen 10000-Tonnen-Kreuzers für Ostasien hervorgehoben (Große Heiterkeit.). So große Geschichten wie am Stagerat dürfen nicht mehr vorzuliegen, da die Ueberflucht verlorengeht und die Sicherung gegen Luftangriffe zu gering ist.

Die fremden Marinen gehen auf schnelle und starkbewaffnete 10000-Tonnen-Kreuzer zurück, wie sind auf 6000-Tonnen-Kreuzer beschränkt. Also müssen wir Linienfahrer bauen, die diesen 10000-Tonnen-Kreuzern gleichwertig oder überlegen sind, und die einem überlegenen Gegner schnell genug also rechtzeitig ausweichen können.

Die U-Boot-Abwehr hat sich in den letzten Stadien des Weltkrieges so verbessert, daß sie dem Angriff bereits überlegen war. Bei Tag werden diese Schiffe den Seetransport sichern können. Die Schiffskonstruktion ist durch Verwendung leichter Metalle, leichter Maschinen und aller technischen Fortschritte gelungen. Die Arbeit kommt der deutschen Reichswerft, der Stadt Ael und der

Industrie besonders im Osten zugute. Von den 80 Millionen werden etwa 60 Prozent als Löhne dem Volk zugute kommen. Nur auf modernen Schiffen mit klarem und zweckmäßigen Aufbau und ebensolcher Bewaffnung kann die Marine eine solche Ausbildung und Tüchtigkeit erlangen, daß sie nach dem Beispiel von Slagerral auch einem überlegenen Gegner standhalten kann. Bitte, überlegen Sie, ob Sie durch ihre Abstimmung die Marine um ihre Entwicklung bringen wollen. Werden die Anträge angenommen, so könnte ich meine Stellung als Reichswehrminister nicht beibehalten. (Lebhafte Beifall rechts.)

Mit dankenswerter Offenheit gibt der Reichswehrminister zu, daß die in Deutschland ökonomisch und politisch Herrschenden mit einem Kriege rechnen, an dem Deutschland irgendein beteiligt sein muß. Daß er dabei natürlich nicht sagt, daß Deutschlands Imperialisten einen solchen Krieg hervorrufen oder sich in der Gruppe angreifender Staaten befinden werden, wundert niemand. Es ist die übliche Annahme, daß die Grenzen Deutschlands gegen den Angriff eines anderen Staates verteidigt werden müßten, und daß dazu als Ergänzung der Armee eine Flotte notwendig sei. Mit den in den nächsten Jahren sicher wieder stark zur Geltung kommenden Phrasen der „Verteidigung der Grenzen“ und der „Verteidigung der Neutralität“ beschwor er erfolgreich die bürgerliche Mehrheit des Reichstages der deutschen Republik. Aus seinem Munde erhob Herr Stresemann, erfuhr die übrigen Regierungsmitglieder, erfuhr alle, die sich so überzeugend für die Annahme des Kellogg-Paktes eingesetzt hatten, und die so hingebend auf den Völkerverbund und seine Tätigkeit bauen, daß nicht der Kriegszustandspakt, nicht der Völkerverbund und sonst etwas ähnliches den Frieden sichert, sondern:

„Eine angemessene und schlagfertige deutsche Flotte bedeutet eine notwendige Sicherung des europäischen Friedens.“

So wörtlich der Wehrminister der Republik, der sich mit diesen Worten auch vor das Parlament des monarchistischen Deutschlands hätte hinstellen können.

Gröner gestörte das Gerede von der militärischen Wertlosigkeit des Panzerkreuzers und erbrachte als Sachverständiger den Nachweis, daß die Panzerfahrer, die von der Art, wie eben das erste jetzt in Deutschland gebaut wird, einen durchaus anerkannten Gesichtswert haben. Sie seien allen ähnlichen Schiffstypen überlegen, erhöhten die Kampfkraft der Torpedoboote und seien durch eine entsprechende Raumeinteilung, durch neuzeitliche Motoren, die eine erhebliche Gewichtsersparnis mit sich bringen, und durch viel geringere Kosten der Instandhaltung den älteren und vor allem den Riesenschiffen erheblich überlegen. Damit schlug Gröner den Demokraten, Wirtschaftsparteilern und einigen Zentrumseuten die Gründe aus der Hand, mit denen sie sich bisher gegen den Panzerkreuzer erklärt hatten. Sie mußten jetzt entscheiden, ob für oder gegen Flottenaufrüstung, und siehe da, ohne Hemmungen schwenkten sie alle in die Front der Flottenpolitik ein. Gröner brauchte sie nicht mehr zu fragen, ob sie durch ihr Votum „die deutsche Marine vergrößern“ lassen wollten, und hatte es auch nicht nötig, seinen Rücktritt anzukündigen, falls der sozialdemokratische Antrag angenommen werden sollte. Gröner siegte. Sein Sieg ist gleichzeitig der Sieg des Militarismus der deutschen Imperialisten.

Das lehrt die Debatte und vor allem Grönners Rede der deutschen Arbeiterklasse: sie muß mit viel größerer Aufmerksamkeit und mit größerer Entschiedenheit und Kraftanwendung als bisher dem neuen Militarismus in der deutschen Republik niederkämpfen. So wird er wie einst der Arbeiterklasse erneut zum Verhängnis.

tief in den eigenen Säckel zu greifen? Nein! Wo nehmen wir dann die erforderlichen Mittel her? „Von den Löhnen, Steuern.“ So ehete es aus dem Saal heraus. Als Zwischenrufer wurde ein Generalsekretär des Landbundes festgesetzt. Herr v. Sybel ist sein Name.

Der Reichskanzler antwortete dem Redner der Deutschnationalen unmittelbar. Dabei kam es zu einem scharfen Dialog mit Herrn v. Westarp, dem Führer der Hugenberg-Fraktion. Der Gegenstand des heftigen Zwischenfalls bildete das Thema: „Christliche oder unchristliche Politik.“ Westarp ist gerade der richtige Mann, um darüber andere zu belehren. Er wurde denn auch von Hermann Müller gebührend zurechtgerichtet. Zuletzt aber gab Hermann Müller, durch eine recht offenherrige Schilderung der Situation, einiges Oel auf die hochgehenden Wogen.

Das Schicksal des Panzerkreuzerantrages war so am Abend ungewisser denn je. Die Demokraten machen der Wirtschaftspartei würdige Konkurrenz. Diese hat einen eigenen Antrag eingebracht, den wir im Wortlaut schon gestern brachten. Die „revolutionären Milchwändler“ wollen ein Flottenprogramm wirtschaftlichen Stils, ein Bauprogramm auf Jahre hinaus festgelegt. Mit der Einschränkung freilich, es abzutun, sofern die anderen Staaten ab-

rüstet werden. Das haben nun die Demokraten fast wörtlich abgeschrieben, nur die Abrüstungsklausel wurde fallengelassen. Sie schlagen ihrerseits die folgende Fassung vor:

„Der Reichstag wolle beschließen: die Reichsregierung zu eruchen, ein in sich geschlossenes, militärtechnisch begründetes Ersatzbauprogramm für die ausfallenden Schiffe der Reichsmarine aufzustellen, das eine Ueberflucht über die Bedeutung der Forderungen für die Landesverteidigung und ihre finanzielle Tragweite erinndlicht, und dieses Programm vor der Beschlußfassung über die zweite Rate des Panzerkreuzers A dem Reichstag vorzulegen.“

Daraus ist zu ersehen, wie die Entscheidung der Demokraten fallen wird. Sie sind auf das geistige Niveau der Wals- und Wiesenpartei herabgesunken. Auch sie wollen ein „Ersatzbauprogramm“ größeren Stils. Selbst Eugen Richter wird in den Schatzen gestellt. Die Heidenfelden des Herrn Koch sprechen das Urteil über die eigene Partei. Sie können gegen den Antrag der sozialdemokratischen Partei. Theodor Wolff aber behält recht, als er einen Auftrag in der Morgenausgabe des Berliner Tageblattes mit dem bekannten Auspruch des jüdischen August verah: „Ich leid mir scheene Republikaner.“